

Protokoll

über die Sitzung des Samtgemeinderates der Samtgemeinde Tarmstedt
am Dienstag, den 27.09.2022, 19:30 Uhr,
in 27412 Tarmstedt, Rathaus, Ratssaal (1. OG), Hepstedter Straße 9

I. Anwesende:

Samtgemeindebürgermeister

Herr Oliver Moje

Vorsitzender

Herr Günther Nase

Mitglieder

Frau Johanna Bäsman

Frau Christina Bruns

Frau Antje Buschmann-Bryan

Herr Heiko Gerken

Herr Jürgen Grimmelijkhuisen

Herr Dirk Gröffel

Frau Stina Gröffel

Herr Rüdiger Hillmer

Herr Florian Kruse

Herr Stephan Kück-Lüers

Frau Janina Meyer

Herr Henry Michaelis

Herr Joachim Müller

Herr Dennis Osmani

Herr Hartmut Otten

Frau Wiebke Scheidl

Frau Susanne Schmiedel

Herr Markus Schwiering

anwesend ab TOP 8 (19.40 Uhr)

Herr Bernd Sievert

Frau Heidi Stelljes

Herr Harm Tietjen

von der Verwaltung

Frau Katrin Alpers

Frau Erika Bargmann

Abwesend:

Mitglieder

Herr Jochen Albinger

entschuldigt

Herr Faruk Maulawy

entschuldigt

Herr Thomas Natho

entschuldigt

Herr Frank Tibke

entschuldigt

Beratende Mitglieder

Frau Felicitas Blanken

entschuldigt

Gäste: Frau Harscher (Zevener Zeitung), Herr Kessels (Wümme-Zeitung),
Herr OBM Finkel (FFW Westertimke), Zuhörer aus der Öffentlichkeit

II. Tagesordnung:

- 1 Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 17.05.2022
- 4 Berichte der Verwaltung
- 5 Anfragen aus der Öffentlichkeit
- 6 Ernennung des Gemeindebrandmeisters der Samtgemeinde Tarmstedt SG/040/2022
- 7 Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Breddorf SG/052/2022
- 8 Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Westertimke SG/053/2022
- 9 10. Änderung der Friedhofssatzung der Samtgemeinde Tarmstedt SG/078/2022
- 10 15. Änderung der Friedhofsgebührensatzung SG/079/2022
- 11 Antrag Einstellung eines Klimaschutzmanagers SG/077/2022
- 12 Photovoltaikanlagen auf Freiflächen SG/076/2022
- 13 Öffnung der Prämie für den Kauf von elektrisch angetriebene PKW auf Leasingfahrzeuge SG/073/2022
- 14 Energieeinsparungen SG/081/2022
- 15 Einsetzung einer Inklusions- und Integrationsbeauftragten für die Samtgemeinde Tarmstedt SG/060/2022
- 16 Einzelberichte und Anfragen

III. Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 21.55 Uhr

5. Anfragen aus der Öffentlichkeit

Anfragen aus der Öffentlichkeit liegen nicht vor.

6. Ernennung des Gemeindebrandmeisters der Samtgemeinde Tarmstedt

Ohne weitere Aussprache fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

„Herr Harald Cordes wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Zeit vom 27. September 2022 bis zum 26. September 2028 zum Gemeindebrandmeister der Samtgemeinde Tarmstedt ernannt.“

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|----|
| Ja | 22 |
| Nein | 0 |
| Enthaltung | 0 |

7. Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Breddorf

Ohne weitere Aussprache fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

„Herr Hartmut Drewes wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Zeit vom 27.09.2022 bis zum 26.09.2028 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr – Ortsfeuerwehr Breddorf – ernannt.“

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|----|
| Ja | 22 |
| Nein | 0 |
| Enthaltung | 0 |

8. Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Westertimke

Ohne weitere Aussprache fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

„Herr Bastian Finkel wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Zeit vom 27.09.2022 bis zum 26.09.2028 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr – Ortsfeuerwehr Westertimke – ernannt.“

Ratsherr Gerken richtet insgesamt seinen Dank an die ehrenamtlichen Brandschützer für deren Engagement.

Der Ratsvorsitzende und der Samtgemeindebürgermeister überreichen dem anwesenden Ortsbrandmeister Bastian Finkel die Ernennungsurkunde und sprechen ihm Glückwünsche und aufrichtigen Dank aus.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|----|
| Ja | 23 |
| Nein | 0 |
| Enthaltung | 0 |

9. 10. Änderung der Friedhofssatzung der Samtgemeinde Tarmstedt

Ohne weitere Aussprache fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

„Aufgrund des § 10 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Samtgemeinde Tarmstedt in seiner Sitzung am 27.09.2022 folgende Satzung zur 10. Änderung der Friedhofssatzung beschlossen:

§ 1

Die Friedhofssatzung der Samtgemeinde Tarmstedt vom 13.12.1993 wird wie folgt geändert:

1. In § 15 Abs. 9 wird nach Satz 3 folgender Text eingefügt:

„Auf geteilten Wahlgrabstätten auf dem Friedhof in Breddorf muss ein Durchgangsrecht zu innenliegenden Grabstätten gewährt werden. Der Nutzer der Wahlgrabstätte mit dem wegseitigen Zugang muss dem Nutzer der innenliegenden Grabstelle einen Durchgang von mindestens 50 cm Breite gewähren.“

§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Rotenburg (Wümme) in Kraft.

Tarmstedt, den.....

Samtgemeinde Tarmstedt

Samtgemeindebürgermeister“

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|----|
| Ja | 23 |
| Nein | 0 |
| Enthaltung | 0 |

10. 15. Änderung der Friedhofsgebührensatzung

Ohne weitere Aussprache fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

„Aufgrund des § 10 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 in der z.Zt. geltenden Fassung und des § 5 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 20.04.2017 hat der Rat der Samtgemeinde Tarmstedt in seiner Sitzung am 27.09.2022 folgende Satzung zur 15. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der kommunalen Friedhöfe in der Samtgemeinde Tarmstedt beschlossen:

§ 1

Die Anlage 1 zur Gebührensatzung (Gebührentarif) erhält folgende Fassung:

(Gebührentarif siehe Anlage)

§ 2

Diese Satzung tritt zum 1. Januar 2023 in Kraft.

**Samtgemeinde Tarmstedt
Samtgemeindebürgermeister“**

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|----|
| Ja | 23 |
| Nein | 0 |
| Enthaltung | 0 |

11. Antrag Einstellung eines Klimaschutzmanagers

Der Ratsvorsitzende umreißt die Sachlage und verliest die Beschlussempfehlung, welche vom Samtgemeindeausschuss in seiner Sitzung am 13.09.2022 abgelehnt wurde.

Ratsmitglied Sievert begründet ausführlich den von der SPD-Fraktion gestellten Antrag vom 05.04.2022 und unterstreicht nochmals die Notwendigkeit zur Schaffung dieser neuen Stelle zwecks Erarbeitung und Umsetzung eines Klimaschutzkonzeptes. Er vertrete die Auffassung, dass hierfür ein Bewerber mit entsprechendem Studium in der Entgeltgruppe 10 einzustellen sei. Insofern stelle er heute einen entsprechenden Antrag mit der Bitte um Abstimmung in der heutigen Sitzung.

Der Ratsvorsitzende weist darauf hin, dass die entsprechende Förderrichtlinie geändert wurde, die Förderquote betrage seit dem 01.01.2022 nur noch 70% für 24 Monate (vorher 85%), es schließe sich eine Förderquote von 40% für weitere 36 Monate an. Dies gelte nur für Klimaschutzmanager, die von der Verwaltung fest eingestellt werden, extern Beauftragte seien nicht förderfähig. Bislang sei kein Förderbescheid bei der Verwaltung eingegangen.

Ratsherr Gerken legt Wert auf das gemeinsame Ziel aller, den Klimaschutz voranzubringen. Dennoch gebe es verschiedene Herangehensweisen, die großen Herausforderungen zu stemmen. Die CDU/FDP/NSGT-Fraktion vertrete die Meinung, dass mit der Einstellung eines Klimaschutzmanagers zu viel Zeit verstreichen würde, bis dieser sich eingearbeitet habe. Besser wäre eine energetische Bestandsaufnahme in Verbindung mit einer Energieberatung durch eine externe Firma oder einen externen Energieberater, diese/r werde zudem mit 60% der Kosten gefördert. Da die Samtgemeinde im nächsten Jahr rd. 330.000,00 Euro höhere Stromkosten zu zahlen habe (ohne Bäder), sehe er hier mithilfe eines Audits schnellere Handlungsmöglichkeiten. Darüber hinaus, so Herr Gerken weiter, sei nicht sicher, ob die Stelle eines Klimaschutzmanagers im Rathaus voll ausgelastet werde. Insofern beantrage die CDU/FDP/NSGT-Fraktion, die Einstellung eines Klimaschutzmanagers zunächst nicht vorzunehmen. Darüber hinaus möge die Samtgemeinde die Durchführung einer Energieberatung nach DIN EN 16247 beschließen und hierfür eine Bezuschussung bei der BAFA beantragen. Aufgrund der rasant steigenden Energiekosten sollte die Energieberatung schnellstmöglich durchgeführt werden. Ratsherr Kück-Lüers weist darauf hin, dass u.a. der Landkreis dazu verpflichtet sei, die Kommunen in ihren Bemühungen um den Klimaschutz zu unterstützen. Darüber hinaus vertrete er die Meinung, dass ein fest eingestellter Klimaschutzmanager das Bauamt nicht entlasten, sondern zunächst belasten werde. Er plädiere ebenfalls dafür, auf die Fachkenntnisse eines externen Energieberaters zurückzugreifen.

Ratsfrau Schmiedel gibt Herrn Kück-Lüers insofern recht, dass ein externer Berater schnellere Ergebnisse liefern könne. Doch zunächst müsse das Bauamt die notwendigen Grunddaten liefern und da sehe sie derzeit keine freien Kapazitäten.

Ratsfrau Meyer schlägt vor, zweigleisig zu fahren, um nicht noch mehr wertvolle Zeit zu verlieren. Zum einen könne sofort ein externer Berater beauftragt werden und gleichzeitig könne das Bewerbungsverfahren für den Klimaschutzmanager angeschoben werden. Dieser könne dann mit Arbeitsbeginn die dann vorliegenden Ergebnisse nahtlos umsetzen.

Das Land habe beschlossen, „Klimaschutzland Nr. 1“ zu werden, betont Ratsherr Dirk Gröffel, insofern seien die ehrgeizigen Ziele, bis 2040 klima-neutral zu werden, jetzt nochmals verschärft worden. Man dürfe den Klimaschutz nicht nur gebäudetechnisch sehen, sondern müsse auch viele andere Bereiche, wie z.B. den ÖPNV, mit einbeziehen. Insofern stehe man unter großen Zeitdruck.

Ratsherr Gerken bestätigt die Aussage von Herrn Gröffel und spricht in diesem Zusammenhang das von den Gemeinden Wilstedt und Breddorf geplante Quartierskonzept an. Dieses Verfahren sei sehr aufwendig, die einzelnen Gemeinden würden aber jeweils 90% Zuschüsse für die Kosten der Ausarbeitung erhalten.

Der Ratsvorsitzende fasst die bisherigen Diskussionsbeiträge zusammen und unterstreicht nochmals die Möglichkeit der „Zweigleisigkeit“.

Ratsfrau Buschmann-Bryan ermahnt ihre Ratskolleginnen und -kollegen, in Sachen Klimaschutz an einem Strang zu ziehen, sie selber unterstütze den Antrag der SPD-Fraktion. Mittelfristig werde der neue Klimaschutzmanager sicherlich viel Geld einsparen, zudem müsse man mit Steuergeldern verantwortlich umgehen. Angesichts der hohen Überstunden im Rathaus sei es erforderlich, die Verwaltung weiter zu entlasten, sie sehe für die neue Stelle eine volle Auslastung.

Ratsfrau Bruns stimmt vollumfänglich zu.

Um das Bauamt zu entlasten, sei es mit der Einstellung eines Klimaschutzmanagers allein nicht getan, befürchtet Ratsherr Osmani. Wie auch schon bei anderen (Bau-)Projekten, sehe er hier die externe Unterstützung als notwendig an.

Der Samtgemeindebürgermeister äußert sich positiv zum Vorschlag von Ratsfrau Meyer.

Ratsherr Hillmer mahnt, sich nicht dem politischen Druck hinzugeben und die Planung konsequent anzugehen. Er befürworte es ebenfalls, zunächst das Energie-Audit in Auftrag zu geben und dann erst die Entscheidung zur Einstellung eines Klimaschutzmanagers zu treffen. Man dürfe nicht nach dem „Gießkannen-Prinzip“ verfahren und auch nicht übereilt handeln.

Ratsfrau Meyer vertritt daraufhin energisch die Meinung, dass die Samtgemeinde in Bezug auf den Klimaschutz keine Zeit mehr zu verlieren habe, man könne schon heute in vielen kleinen Bereichen damit beginnen.

Der Ratsvorsitzende übergibt den Vorsitz vorübergehend an den stellvertretenden Ratsvorsitzenden Otten und beteiligt sich an der Diskussion.

Ratsherr Nase widerspricht Ratsherrn Hillmer; der Druck komme nicht politisch von der SPD-Fraktion, sondern bestehe generell aus der allgemeinen Klima-Situation heraus, zögern sei hier nun fehl am Platze. Er schlage vor, über den Antrag der CDU-Fraktion als weitergehenden Antrag abzustimmen.

Ratsherr Nase übernimmt sodann wieder den Ratsvorsitz.

Ratsherr Schwiering erklärt, er halte die umzusetzenden Klimaschutzmaßnahmen für überschaubar, wenn es nur um die Einrichtungen der Samtgemeinde gehe. Bei den neueren Bauten sei der Klimaschutz bereits von den Architekten berücksichtigt worden. Man dürfe sich nicht allein von den Fördermöglichkeiten leiten lassen, sondern müsse schauen, welches Potenzial noch auszuschöpfen sei. Darüber hinaus bittet Herr Schwiering um Auskunft, inwieweit die Verwaltung beim Landkreis angefragt habe, ob von dort eine Unterstützung durch die Klimaschutzbeauftragte Frau Dr. Düspohl möglich sei.

Der Vorsitzende der CDU/FDP/NSGT-Fraktion beantragt zu diesem Zeitpunkt eine Sitzungsunterbrechung. **Die Ratsmitglieder stimmen dem Antrag einstimmig zu, die Sitzung wird um 20.30 Uhr von dem Ratsvorsitzenden unterbrochen.** Die Mitglieder der CDU/FDP/NSGT-Fraktion verlassen zwecks Beratung den Sitzungssaal.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|----|
| Ja | 23 |
| Nein | 0 |
| Enthaltung | 0 |

Um 20.45 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Ratsherr Gerken teilt im Namen der CDU/FDP/NSGT-Fraktion mit, man wolle an der vorgelegten geänderten Beschlussempfehlung festhalten, zudem beantrage er, zeitnah eine interfraktionelle Sitzung einzuberufen, in der ein Klimaschutzmanager seine Aufgaben vorstellen solle.

Der Ratsvorsitzende formuliert sodann die folgenden, teils weitergehenden und neuen Anträge:

- a) 1. Der Samtgemeinderat beschließt vorbehaltlich einer Förderung nach der Kommunalrichtlinie des Bundes die Errichtung und Besetzung einer Stelle für das Klimaschutzmanagement der Samtgemeinde Tarmstedt zum 01.01.2023. Bewertet wird die Stelle nach EG 9a TVöD. Eine Stelle wird im Stellenplan eingerichtet.
2. Die Samtgemeinde beschließt die Durchführung einer Energieberatung nach DIN EN 16247 und beantragt eine Bezuschussung dieser Energieberatung bei der BAFA.
- b) Die Stelle des neuen Klimaschutzmanagers wird mit Entgeltgruppe 10 TVöD bewertet.
- c) 1. Die Einstellung eines Klimaschutzmanagers erfolgt zunächst nicht.
2. Die Samtgemeinde beschließt die Durchführung einer Energieberatung nach DIN EN 16247 und beantragt eine Bezuschussung dieser Energieberatung bei der BAFA.
3. Zeitnah wird eine interfraktionelle Sitzung einberufen, in der ein Klimaschutzmanager seine Aufgaben vorstellen soll.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Otten teilt die Haupt- und Personalamtsleiterin Alpers mit, dass in anderen Verwaltungen z.B. ein Umwelttechniker mit Studium als Klimaschutzmanager eingestellt wurde, hier seien Bewertungen von 9a, 10 oder auch 11 TVöD möglich.

Der Samtgemeindebürgermeister teilt mit, dass beim Landkreis bislang nicht angefragt wurde, ob die dortige Klimaschutzbeauftragte (Frau Dr. Düspohl) auch Aufgaben in den Verwaltungen übernehmen könne.

Ratsherr Schwiering drängt darauf, dass die Verwaltung unverzüglich mit Frau Dr. Düspohl in Kontakt treten möge.

Hier wendet der Ratsvorsitzende ein, dass Frau Dr. Düspohl ausschließlich für den Landkreis tätig sei. Es bestehe aber ein gutes Netzwerk unter allen Klimaschutzmanagern/-beauftragten im Landkreis.

Nachfolgend stimmt der Samtgemeinderat über den Antrag zu a) ab:

„1. Der Samtgemeinderat beschließt vorbehaltlich einer Förderung nach der Kommunalrichtlinie des Bundes die Errichtung und Besetzung einer Stelle für das Klimaschutzmanagement der Samtgemeinde Tarmstedt zum 01.01.2023. Bewertet wird die Stelle nach EG 9a TVöD. Eine Stelle wird im Stellenplan eingerichtet.

2. Die Samtgemeinde beschließt die Durchführung einer Energieberatung nach DIN EN 16247 und beantragt eine Bezuschussung dieser Energieberatung bei der BAFA.“

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|----|
| Ja | 9 |
| Nein | 14 |
| Enthaltung | 0 |

Der Ratsvorsitzende stellt fest, dass der Antrag damit mehrheitlich abgelehnt sei.

Der Ratsvorsitzende stellt weiterhin fest, dass über den Antrag zu b) nicht mehr abzustimmen sei.

Abschließend stimmt der Samtgemeinderat über den Antrag zu c) ab:

„1. Die Einstellung eines Klimaschutzmanagers erfolgt zunächst nicht.

2. Die Samtgemeinde beschließt die Durchführung einer Energieberatung nach DIN EN 16247 und beantragt eine Bezuschussung dieser Energieberatung bei der BAFA.

3. Zeitnah wird eine interfraktionelle Sitzung einberufen, in der ein Klimaschutzmanager seine Aufgaben vorstellen soll.“

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|----|
| Ja | 21 |
| Nein | 1 |
| Enthaltung | 1 |

Der Ratsvorsitzende stellt fest, dass dem Antrag damit mehrheitlich zugestimmt wurde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die interfraktionelle Sitzung wurde auf den 08.11.2022 festgelegt, eine Einladung an die Fraktionen erfolgt zeitgerecht; Frau Dr. Düspohl hat dafür ihre Teilnahme zugesichert.

Der Einfachheit halber wurde für das Protokoll insgesamt auf eine geschlechterspezifische Benennung Klimaschutzmanager/Klimaschutzmanagerin verzichtet.

12. Photovoltaikanlagen auf Freiflächen

Der Ratsvorsitzende verliest die Beschlussvorlage und teilt mit, der Samtgemeindeausschuss habe dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt. Er ergänzt, es sei wichtig, dass keinerlei Flächen für PVA freigegeben werden sollen, die bislang dem Lebensmittelanbau dienen.

Ratsfrau Bruns weist darauf hin, das zu erstellende Gutachten des Planungsbüros werde voraussichtlich Kosten in Höhe von ca. 10.000,00 Euro verursachen. Es stelle sich die Frage, ob dies nicht auch ggfs. ein fest angestellter Klimaschutzmanager erarbeiten können.

Ratsfrau Schmiedel teilt mit, sie halte das Vorhaben grundsätzlich für einen guten Plan, sie hätte sich aber eine Vorabinformation hierzu an die Gemeinden gewünscht, damit dies auch in den Gemeinderäten hätte diskutiert werden können.

Haupt- und Personalamtsleiterin Alpers führt aus, dass diese Vorgehensweise unter den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden in der Bürgermeister-Dienstversammlung am 20.04.2022 abgestimmt wurde. Dies sei auch im Protokoll der Versammlung nachzulesen.

Ratsherr Gerken erwidert, es gehe zunächst nur um die Planungsgrundlagen. Es solle erstmal festgestellt werden, wo grundsätzlich Flächen für neue PVA ausgewiesen werden könnten.

Ratsherr Gröffel stimmt Herrn Gerken zu, eine zentrale Planung für die ersten Schritte sei richtig, damit kein „Flickenteppich“ entstehe. Die Gemeinden würden dann im Verlauf der Planung keinesfalls übergangen.

Der Samtgemeindebürgermeister ergänzt, das Planungsbüro biete gute Hilfestellungen für die Gemeinden. Der erforderliche F-Plan falle dann in die Zuständigkeit der Samtgemeinde.

Zum Abschluss der Diskussion stellt der Ratsvorsitzende fest, dass auch immer ein gemeindlicher B-Plan erforderlich sei. Darüber hinaus werde die Samtgemeinde den Gemeinden sicherlich nicht diktieren können, welche Flächen anzubieten seien.

Der Samtgemeinderat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

„Der Samtgemeinderat der Samtgemeinde Tarmstedt beschließt die Vergabe der Erstellung einer Planungsgrundlage an ein Planungsbüro zum Zwecke der Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Freiflächen.

Das wirtschaftlichste Angebot erhält den Auftrag.“

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|----|
| Ja | 23 |
| Nein | 0 |
| Enthaltung | 0 |

13. Öffnung der Prämie für den Kauf von elektrisch angetriebene PKW auf Leasingfahrzeuge

Der Ratsvorsitzende verliest die Beschlussvorlage sowie die Beschlussempfehlung des Samtgemeindeausschusses.

Ratsherr Gröffel erklärt, er habe sich bei der seinerzeit ersten Entscheidung, die durch den Rat der vorherigen Wahlperiode getroffen wurde, der Stimme enthalten, da er der Argumentation damals nicht folgen wollte. Er befürworte jedoch die Prämien gewährung auch für Leasingfahrzeuge und werde somit heute dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Ohne weitergehende Aussprache fasst der Samtgemeinderat **einstimmig** folgenden Beschluss:

„Der Samtgemeinderat beschließt die vorliegende Änderung der Richtlinie zur Förderung des Kaufs oder Leasings von rein elektrisch angetriebenen PKW in der Samtgemeinde Tarmstedt. Inkrafttreten und veröffentlicht werden soll die geänderte Förderrichtlinie zum 01.10.2022.“

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|----|
| Ja | 23 |
| Nein | 0 |
| Enthaltung | 0 |

14. Energieeinsparungen

Der Ratsvorsitzende verliest die Beschlussvorlage und ergänzt, der Samtgemeindeausschuss habe hierzu in seiner letzten Sitzung keine Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Der Samtgemeindebürgermeister teilt mit, dass für das kommende Jahr mit rd. 330.000,00 Euro höheren Energiekosten für alle Einrichtungen der Samtgemeinde zu rechnen sei. Hier seien die Bäder nicht mit eingerechnet. Insgesamt habe man bereits kleinere Energiesparmaßnahmen umgesetzt. Mit dem Biogasanbieter für das Heidebad Wilstedt wolle man neu verhandeln. Für das Ummelbad sei eine PVA geplant, allerdings seien die hierfür erforderlichen Wechselrichter derzeit und auch wohl im kommenden Jahr nur schwer zu bekommen.

Ratsherr Sievert nimmt Bezug auf den von ihm als TuS-Vorsitzender eingereichten Zuschussantrag für die geplante Sportplatz-Beregnungsanlage und äußert Unverständnis darüber, dass die vorgelegte Kostenschätzung von einzelnen Fachausschussmitgliedern als nicht ausreichend dargestellt wurde. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass von ihm eine genaue Kostenaufstellung bei der Verwaltung eingereicht wurde, er bitte hier um Klärung des Sachverhaltes. Darüber hinaus sehe die Richtlinie die Vorlage einer detaillierten Kostenaufstellung nicht vor, so Herr Sievert weiter.

Ratsherr Kück-Lüers entgegnet, dem Fachausschuss habe außer dem Antrag keine Kostenaufstellung vorgelegen.

16.5 Nutzung der GS-Turnhalle durch Tanzschule Seel

Ratsherr Sievert moniert, dass für die Turnhalle an der Grundschule derzeit Hallenzeiten an die Tanzschule Seel vergeben wurden, dafür aber die Abteilung Taekwondo des TuS Tarmstedt keine Hallenzeiten mehr bekomme. Er bitte zudem um Klärung, ob die Tanzschüler die Turnhalle mit Straßenschuhen betreten.

Ratsherr Otten erklärt, eine kommerzielle Nutzung der Turnhallen sei generell nicht zulässig, hier bestehe Klärungsbedarf, wer die Genehmigung dazu erteilt habe.

Anmerkung der Verwaltung:

Die zuständige Verwaltungsmitarbeiterin Frau Zöllner wurde um Klärung des Sachverhaltes gebeten. Frau Zöllner hat mitgeteilt, dass seit dem 15.06.2022 jeweils mittwochs die Tanzschule Seel für die Turnhallennutzung eingetragen sei. Das Forum in der KGS ist noch bis Oktober 2022 durch die Mensa belegt und kann erst danach wieder für weitere Tanzkurse genutzt werden.

Die Abteilung Taekwondo habe ihren Übungstag von Donnerstag auf Mittwoch verschoben, doch bereits am 07.04.2022 wurde mit der Abteilungsleitung, Frau Detje, die vorgenannte Situation hinsichtlich der Tanzschule abgesprochen. Die Abteilung Taekwondo habe daher ihre Übungszeiten in die KGS-Turnhalle verlegt. Frau Zöllner steht sowohl mit Frau Detje als auch mit Frau Kösters (Tanzschule Seel) regelmäßig in Kontakt bezüglich der Hallenbelegungszeiten.

Darüber hinaus teilt Frau Zöllner mit, dass die Tanzschüler die Turnhalle nicht mit Straßenschuhen betreten.

16.6 Ehrenamtliche Dolmetscher für ukrainische Schülerinnen und Schüler

Ratsfrau Meyer teilt mit, dass seitens des KGS-Lehrerkollegiums angefragt wurde, ob es in der Samtgemeinde weitere Personen gebe, die als Dolmetscher für die ukrainischen Schülerinnen und Schüler ehrenamtlich behilflich sein könnten.

Der Samtgemeindebürgermeister teilt mit, dass die Verwaltung auf eine offizielle Dolmetscherin zurückgreife, die aber bereits jetzt überlastet sei.

Ratsfrau Stelljes schlägt vor, dass FAST e.V. hier möglicherweise unterstützen könne.

Der Ratsvorsitzende gibt zu bedenken, man bewege sich hier erneut auf dem Gebiet von Landesaufgaben.

16.7 Deckenbeleuchtung KGS-Turnhalle

Ratsherr Osmani erklärt, er habe festgestellt, dass die Deckenbeleuchtung in der KGS-Turnhalle schadhafte sei und als gefährdend zu beurteilen sei.

Ratsherr Otten berichtet aus der Schulbereisung, dass die betreffende Deckenbeleuchtung abgenommen und durch sparsame Beleuchtungskörper ersetzt werde.

Weitere Einzelberichte und Anfragen liegen nicht vor.

Der Ratsvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21.55 Uhr und wünscht den Pressevertretern, den Gästen und den Zuhörern aus der Öffentlichkeit einen weiteren guten Abend.

Sodann eröffnet der Ratsvorsitzende den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Nase

Ratsvorsitzender

gez. Moje

Samtgemeindebürgermeister

gez. Bargmann

Protokollführung